

Tabak-Arbeiter

Nr. 32 / Bremen, den 7. August 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldmarken ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldmarken für die viergespaltene Zeitzeile. — Schluss der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalstieg & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsorgan, Redaktion u. Expedition: Bremen, Am der Weide 26.1. Telefon. Am Roland 6046. — Geld- und Einnahme-Einzahlungen an Johannes Krahn. — Postfachkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß-einkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuss: L. Schöne, Hamburg, Beienbinderhoi 57, Zimmer 4546

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1925

Die an das Jahr 1925 geknüpfte Hoffnung, daß es die Periode eines neuen Aufstiegs der Gewerkschaften einleiten werde, hat sich leider nicht in dem erwarteten Maße erfüllt. Wohl trat in der ersten Hälfte des Jahres eine erfreuliche Zunahme der Mitglieder ein. Doch die im Herbst ausgebrochene schwere Wirtschaftskrise, die sich schon im Sommer durch eine ständig wachsende Beschäftigungslosigkeit ankündigte, lähmte die weitere Entwicklung. Immerhin schließt das Berichtsjahr gegen das Vorjahr noch mit einem Mehr von 158 644 Mitgliedern ab.

Die Zahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verringerte sich von 41 auf 40. Der Verband der Chorsänger schied im April 1925 aus dem ADGB, er gehört nunmehr dem AfA-Bunde an. Bei seinem Ausscheiden zählte dieser Verband 3457 Mitglieder. Die im ADGB vereinigten 40 Verbände hatten am Ende des Jahres zusammen 4 182 511 Mitglieder gegen 4 023 867 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Höchststand an Mitgliedern wurde mit 4 213 545 im September erreicht. Im Durchschnitt des Jahres zählten die Verbände 4 156 451 Mitglieder, darunter 751 585 weibliche und 122 182 jugendliche.

Die Klassenverhältnisse der Verbände haben sich im allgemeinen außerordentlich gut entwickelt. Die Beitragshöhe ist beträchtlich gestiegen und damit ist auch die Beitragseinnahme erheblich gewachsen. Die Gesamteinnahme betrug 147 526 701 M gegen 97 037 600 M im Vorjahre. Von der Jahreseinnahme 1925 kommen 136 256 640 M auf Beitragsleistungen. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 125 874 093 M. Für Unterstützungen wurden 33 042 727 M, für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 29 656 960 M, für Verbandsorgane und Bildungszwecke 5 968 770 M und für Agitation, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 21 723 250 M verausgabt. Die Ausgaben für Unterstützung sind gegen das Vorjahr um 22 698 116 M und die für die wirtschaftlichen Bewegungen um 12 971 024 M gestiegen. Die Verwaltung erforderte eine Ausgabe von 35 482 386 M. Davon entfallen 29 340 684 M auf die Orts- und Gauverwaltungen, und der übrige Teil auf die Zentralverwaltungen. Unter dem Einfluß der gebesserten Finanzlage ist der Anteil der Ausgaben für Unterstützungen an den Gesamtausgaben günstiger geworden, während andererseits die Verwaltungskosten anteilmäßig zurückgingen. Von je 100 M der Gesamtausgabe wurden für Unterstützungen verausgabt 26,26 M, dagegen 1924 14,98 M. Von den Unterstützungs- ausgaben kamen auf: Arbeitslosenunterstützungen 13 814 291 M, Krankenunterstützung 14 130 286 M, Notfallunterstützung 1 084 564 M, Sterbefallunterstützung 1 727 188 M und auf die übrigen Unterstützungen 2 286 398 M.

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnen die Ortsauschüsse des ADGB. Ihr Bestand war besonders hart von der Währungskatastrophe betroffen worden. Inzwischen haben viele Ortsauschüsse, die ihre Tätigkeit einstellen mußten, diese wieder aufgenommen. Durch die Statistik für 1925 wurde der Bestand von 1067 tätigen Ortsauschüssen festgestellt, von denen 104 berichteten. Diesen waren am Ende des Jahres 11 168 Gewerkschaften angeschlossen. Von der Statistik wurden erfasst 1 355 952 Mitglieder. Darunter 603 858 weibliche und 117 994 jugendliche.

Die größeren Ortsauschüsse verfügen über recht bedeutende und für die Arbeiterschaft wertvolle Einrichtungen. In 27 Orten bestehen Gewerkschaftshäuser, von denen sich 102 im Eigenbesitz der Ortsauschüsse befinden. In ihnen sind meistens Versammlungsräume, Bureaus und Restaurants eingerichtet, in 15 befinden sich Hotelbetriebe und 36 sind mit Her-

bergen verbunden. In den Gewerkschaftshäusern findet das gemeinsame Zusammenwirken der Gewerkschaften am Ort für gleiche Ziele eine Stätte. Für die Mitglieder recht wertvolle Einrichtungen sind die Rechtsberatungsstellen der Ortsauschüsse. Im Berichtsjahre unterhielten 115 Ortsauschüsse Arbeitersekretariate, die von praktisch geschulten Angestellten verwaltet wurden. Elf Sekretariate zählten als Bezirkssekretariate, die im Auftrage des Bundes die bei den Oberverwaltungsämtern anhängig gemachten Streitigkeiten zu vertreten haben. Die Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt wird von der Rechtsabteilung des Bundesvorstandes wahrgenommen. Außer den Sekretariaten bestanden 219 Rechtsauskunftsstellen, die nebenberuflich verwaltet wurden. 43 Ortsauschüsse unterhielten zur Erledigung ihrer Geschäfte eigene Bureaus mit Angestellten. Auf dem Gebiet des Bildungswesens entfalten die Ortsauschüsse eine hervorragende Tätigkeit. In 696 Orten befanden sich gemeinsame Bibliotheken.

Die Beitragsleistungen für die Ortsauschüsse haben sich im Berichtsjahre sehr gehoben. Insgesamt vereinnahmten die an der Statistik beteiligten Ortsauschüsse 1925 2 587 610 M, davon flossen 2 057 681 M aus Beiträgen. Die Gesamtausgabe bezifferte sich auf 2 328 504 M. Die Rechtsberatungsstellen erforderten einen Kostenaufwand von 709 958 M, und für Bildungszwecke wurden 349 138 M verausgabt. Die Arbeitersekretariate erhalten als gemeinnützige Einrichtungen in vielen Fällen auch Zuschüsse aus öffentlichen Kassen. Diese Zuschüsse beliefen sich 1925 auf insgesamt 88 715 M. Davon kamen aus Staatskassen 20 636 M und aus Gemeinde- und Kreis-kassen 58 229 M. 9850 M wurden von anderen Körperschaften aufgebracht.

Das demnächst erscheinende neue Jahrbuch des ADGB enthält eine durch zahlreiche Tabellen belegte eingehende Darstellung des organisatorischen Bestandes des ADGB und der Finanzgebarung der dem Bund angeschlossenen Verbände im Jahre 1925. Es sei schon jetzt auf das für die Erkenntnis des Wirkens der in Deutschland maßgebenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen bedeutsame Werk hingewiesen.

Unfallverhütung in der Tabakindustrie

Die Tabak-Berufsgenossenschaft hat Herrn Diplom-Ingenieur Wlag Litz aus Berlin-Wilmersdorf als hauptamtlichen Technischen Aufsichtsbeamten angestellt. Herr Litz ist 1875 in Berlin geboren. Er war lange Jahre Schiffbauingenieur bei der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen und Oberingenieur bei „Siemens-Schuckert“ in Berlin. Hauptaufgabe des Herrn Litz wird es sein, in den Betrieben mit Unterstützung und unter Hinzuziehung der Obmänner oder anderer Mitglieder der Betriebsräte oder der Betriebsobmänner die Befolgung der Vorschriften über Unfallverhütung und erste Hilfe zu überwachen. Herr Litz ist bereits vom Versicherungsamt vereidigt worden und hat seine Besichtigungstätigkeit aufgenommen.

Wir begrüßen die Anstellung eines hauptamtlichen Technischen Aufsichtsbeamten durch die Tabak-Berufsgenossenschaft, und hoffen, daß die an die Anstellung geknüpften Erwartungen erfüllt werden. Die Betriebsobmänner und Betriebsratsmitglieder, soweit sie unserem Verband angehören, brauchen wir wohl nicht erst aufzufordern, Herrn Litz bei seiner Tätigkeit zu unterstützen, denn nach § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes gehört es mit zu ihren Aufgaben, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gewerkschaftsaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.

Im übrigen sei noch darauf hingewiesen, daß es falsch ist, für jeden Unfall, der passiert, den Zufall verantwortlich zu machen. Selbst vor den verderblichen Folgen von Naturereignissen, wie Blitzschlägen, Wolkenbrüchen und Stürmen, können wir uns schützen. Die meisten Unfälle werden aber gar nicht durch solche von außen kommenden Ereignisse verursacht, sondern durch ungenügende Schutzvorrichtungen oder durch Unachtsamkeit und Sorglosigkeit. Um den Arbeiter auf die ihm dadurch drohenden aber vermeidbaren Gefahren hinzuweisen, haben die Deutschen Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsbilder geschaffen. Etwa 140 Unfallgefahren sind bildlich dargestellt. Diese Bilder sind anschaulicher und beredter als alle Warnungen durch Wort und Schrift und erziehen den Arbeiter zur Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften. In den Vereinigten Staaten, England und Holland hat man glänzende Erfahrungen mit der Unfallverhütungsreklame gemacht. Die Deutschen Berufsgenossenschaften haben schon mehr als 3 Millionen Unfallbilder an die Betriebe und die Fach- und Fortbildungsschulen hinausgehen lassen, wo sie wechselnd als Menetekel ausgehängt werden. Auch die Reichsarbeitsverwaltung hat mit der Unfallverhütungspropaganda begonnen. Etwa 25 für die Tabakindustrie passende Unfallbilder sind vorhanden, die 15 oder 25 g das Stück kosten. Auskunft und Bestellung durch die Tabak-Berufsgenossenschaft in Berlin W 50, Prager Straße 16.

Die deutsche Tabakindustrie im Rechnungsjahr 1924

Weit mehr als anderen Arbeitergruppen ist den Tabakarbeitern die Möglichkeit gegeben, sich ein ziemlich genaues Bild von der Struktur ihrer Industrie zu machen. Die Gelegenheit dazu bietet ihnen das Ergebnis der Statistik, die für jedes Rechnungsjahr über die Herstellung, den Absatz und die Einfuhr von Tabakerzeugnissen, über die Zahl der Tabakverarbeiter, Tabakhändler und Inhaber von Tabaksteuergarnen und über die Einnahme an Tabakabgaben amtlich veranlagt wird. Da die Kenntnis des so gewonnenen Materials für die gewerkschaftliche Tätigkeit der Tabakarbeiter nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, betrachten wir es als unsere Pflicht, die Kollegen über das nunmehr vorliegende Ergebnis der Tabaksteuerstatistik für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) auszugswise zu unterrichten. Von einem Vergleich mit dem Ergebnis der Tabaksteuerstatistik für das Rechnungsjahr 1923 sehen wir dabei im allgemeinen ab, weil damals Nachweise aus den besetzten Gebieten fehlten, während sie für 1924 nahezu vollständig sind.

Nach den insgesamt eingegangenen Nachweisungen wurden hergestellt:

6 629 500 000	Zigarren
27 316 000 000	Zigaretten
274 600 000	Stück Raubtabak
30 457 500 000	Zigarettenhüllen
7 964 900	Kilogramm Feinschnitt
21 679 800	Kilogramm Pfeifentabak
2 407 700	Kilogramm Schnupftabak

Am Ende des Rechnungsjahres 1924 waren 15 769 arbeitende und 378 ruhende Herstellungsbetriebe vorhanden. Der Zahl nach standen folgende Gruppen voran:

	Betriebe	hiervon mit reiner Handarbeit
Zigarrenhersteller	8115	7700
Zigarren- und Rauchtobakhersteller	5455	4154
Zigarettenhersteller	629	212
Feinschnitt- u. Pfeifentabakhersteller	361	34
Pfeifentabakhersteller	337	78
Zigaretten- und Feinschnitthersteller	209	37
Zigarren-, Pfeifen- u. Raubtabakherst.	51	14

Nach den eingegangenen Nachweisungen arbeiteten von den 15 769 nicht ruhenden Betrieben 809 oder 5,1 v. H. nur mit Maschinenarbeit, 12 392 oder 78,6 v. H. nur mit Handarbeit und 2568 oder 16,3 v. H. mit Maschinen- und Handarbeit. Von den 629 Betrieben, die nur Zigaretten hergestellt haben, arbeiteten 304 oder 48,3 v. H. nur mit Maschinenarbeit, 212 oder 33,7 v. H. nur mit Handarbeit und 113 oder 18,0 v. H. mit Maschinen- und Handarbeit.

Erläuternd wird zu dem vorstehenden Zahlenmaterial bemerkt, daß sich gegen das Vorjahr eine Verschiebung zugunsten der Zigarettenhersteller auf Kosten der Rauchtobakherstellung vollzogen hat. Die Zahl der Betriebe, die nur Zigaretten herstellten, betrug im Vorjahr 545, die der Rauchtobakhersteller 811. Die Zahl der Betriebe, die beide Erzeugnisse herstellten, betrug im Vorjahr 209, im Rechnungsjahr 1924 629. Die Zahl der Betriebe, die nur Rauchtobak herstellten, betrug im Vorjahr 212, im Rechnungsjahr 1924 51.

Entlichen eine Folge der Neueröffnung zahlreicher Kleinbetriebe. Es wurden aber auch in einer Reihe von Betrieben, in denen im Vorjahr nur mit Maschinen gearbeitet worden war, bessere Qualitäten wieder durch Handarbeit hergestellt. Die Herstellung von Zigarren erfolgt nach wie vor fast nur durch Handarbeit. In einigen großen Betrieben der Zigarettenindustrie sind weniger leistungsfähige Maschinen — Tagesleistung 60 000 Stück — stillgelegt und durch hochleistungsfähige Maschinen „Triumpf“ — Tagesleistung 200 000 bis 300 000 — ersetzt worden. Von einer Firma ist eine neue Tabakpackmaschine in Betrieb genommen worden, die selbstständig die Umschließungen faltet, klebt und 15 000 Pakete täglich herstellt. In letzter Zeit werden von einer Maschinenfabrik Maschinen zur Herstellung von Stumpfen auf den Markt gebracht, deren Hauptvorteil darin liegt, daß die Stumpfen ohne Umblatt, also nur mit einem Deckblatt gewickelt werden.

Von den Betrieben, die Tabakerzeugnisse hergestellt haben, arbeiteten mit

		darunter		
		Zigarren- und Rauchtobakhersteller	Zigarettenherst.	Zigarettenherst.
keinem Gehilfen	8510	4598	3098	226
nicht mehr als 10 Gehilfen	4924	2260	1765	219
11 bis 50 Gehilfen	1600	867	433	108
51 bis 100 Gehilfen	418	227	104	30
101 bis 500 Gehilfen	282	150	51	36
mehr als 500 Gehilfen	35	13	4	12

Die Zahl der Betriebe, die Heimarbeiter beschäftigen, hat sich vermindert. Gegen 2318 Betriebe im Vorjahr ließen im Berichtsjahr 2214 ihre Fabrikate in Heimarbeit herstellen. In der Hauptsache beschäftigen die Zigarrenhersteller und die Zigaretten- und Rauchtobakhersteller Heimarbeiter.

Zur Herstellung von Tabakerzeugnissen sind im Berichtsjahr 1 412 790 Doppelzentner Rohtabak verarbeitet worden (gegen 1 147 589 Doppelzentner im Vorjahr). Diese Menge verteilt sich wie folgt:

Jahresverarbeitung	Zahl der Betriebe		Verarb. Rohtabakmenge	
	im ganzen	v. H.	im ganzen	v. H.
über 6 bis 6 dz	8879	56,3	15 725	1,1
über 6 bis 30 dz	3379	21,4	46 602	3,3
über 30 bis 60 dz	1084	6,9	46 161	3,3
über 60 bis 120 dz	806	5,1	68 144	4,8
über 120 bis 240 dz	658	4,2	110 612	7,8
über 240 bis 600 dz	515	3,3	189 154	13,4
600 bis 1200 dz	235	1,5	204 975	14,5
1200 bis 6000 dz	191	1,2	487 534	34,5
6000 bis 12000 dz	17	0,1	148 530	10,5
über 12000 dz	5	0,0	95 353	6,8

Teilt man die Betriebe nach dem Umfang ihrer Herstellung ein in Kleinbetriebe (bis 120 Doppelzentner Tabakverarbeitung), mittlere Betriebe (120 bis 1200 Doppelzentner) und Großbetriebe (über 1200 Doppelzentner), so ergibt sich, daß 1924 auf 14 148 Kleinbetriebe oder 89,7 v. H. sämtlicher Betriebe nur 12,5 v. H. der insgesamt verarbeiteten Rohtabakmenge entfielen, während die Anteile der 1408 mittleren Betriebe, die 9,0 v. H. sämtlicher Betriebe ausmachten, 35,7 v. H. und der Anteil der 213 Großbetriebe, die 1,3 v. H. sämtlicher Betriebe ausmachten, 51,8 v. H. der Gesamtverarbeitung betragen.

Folgende Zusammenstellung unterrichtet über die Zahl der Betriebe und über die verarbeitete Tabakmenge in den einzelnen Herstellungsgruppen:

Zahl der Betriebe		Ueberhaupt verarbeitete Mengen	
Zigarrenhersteller	8115	376 120 dz	
Zigarettenhersteller	629	302 424 dz	
Feinschnitthersteller	18	290 dz	
Pfeifentabakhersteller	337	14 851 dz	
Raubtabakhersteller	47	5 070 dz	
Schnupftabakhersteller	73	8 510 dz	
Zigarren- u. Rauchtobakherst.	5455	290 883 dz	
Zigaretten- u. Feinschnittherst.	209	93 503 dz	
Feinschnitt- und Pfeifen-			
tabakhersteller	361	126 744 dz	
Sonstige gemischte Betriebe	526	194 410 dz	

Die größten Rohtabakmengen sind von den Zigarrenherstellern (27 v. H.), Zigarettenherstellern (21 v. H.), sowie von den Zigarren- und Rauchtobakherstellern (21 v. H.) verarbeitet worden. Erwähnenswert ist dann noch, daß die Feinschnitt- und Pfeifentabakhersteller 9 v. H., die Zigaretten- und Fein-

Schnitthersteller 7 v. H., die Pfeifentabakhersteller 1 v. H. und die Zigarren-, Pfeifen- und Raubakhersteller 1 v. H. der verarbeiteten Rohabakmenge gebraucht haben. Jede der übrigen Herstellergruppen verbrauchte weniger als 1 v. H.

Die Herstellung von Zigarren für den eigenen Verbrauch war sehr gering und stand in keinem Verhältnis zu den gewerksmäßig hergestellten Mengen. Auch die Selbstherstellung der Zigaretten aus versteuertem Zigarettenabak und versteuertem Zigarettenpapier hat sehr nachgelassen, da sich bei der großen Menge der im Handel angebotenen Zigaretten die immerhin mühevoll hergestellte kaum noch lohnt. Das Verhältnis der Selbstanfertigung zu der Herstellung in den angemeldeten Betrieben beträgt schätzungsweise 1 zu 100. Tabakerfakstoffe sind im Berichtsjahr nur in ganz geringen Mengen verwendet worden. Soweit Ersatzstoffe überhaupt verarbeitet wurden, handelt es sich nicht um Streckmittel, da Tabakmischwaren von den Verbrauchern kaum noch geraucht werden. Die Ersatzstoffe wurden vielmehr beigefügt zur Verbesserung des Geschmacks und zur Erhöhung des Wohlgeruchs, und zwar hauptsächlich bei der Herstellung von Pfeifentabak, steuerbegünstigtem Feinschnitt und Schnupftabak. Das Verhältnis, in dem die Ersatzstoffe zum Tabak standen, war recht verschieden. Zugesezt wurden durchschnittlich bei Pfeifentabak und steuerbegünstigtem Feinschnitt Weichselblätter und Vanilleroots (½ bis 7 v. H.), gewöhnliche Rirschblätter, Waldmeister, Veilchenwurzelpulver, Steinklee, Melilotenblüten und Brennessel (2 bis 5 v. H.); bei Schnupftabak Melilotenblüten, Brennesselblätter sowie Veilchenwurzel (3 bis 8 v. H.).

Lohn- und Tarifbewegungen

Aus der Zigarrenindustrie

Es bleibt bei den reichstariflichen Ferienbestimmungen

Die Verhandlungen über eine Aenderung der reichstariflichen Ferienbestimmungen, die auf Veranlassung des RDZ stattfanden und über die wir im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 30 berichteten, sind resultatlos abgebrochen worden. In einem Schreiben vom 26. Juli teilt der RDZ. nämlich mit, daß weitere Verhandlungen nicht zum Ziele führen würden, so daß die bisher gepflogenen Verhandlungen als erledigt zu betrachten sind. Das heißt mit anderen Worten, daß der RDZ. den Vorschlag der Tabakarbeiterverbände, für jeden Monat, in dem während der Zeit vom 1. November 1925 bis zum 30. April 1926 gearbeitet worden ist, einen Tag Ferien zu gewähren, ablehnt. Es bleibt also, da die Tabakarbeiterverbände den Vorschlägen des RDZ. auch nicht zustimmen konnten, bei den reichstariflichen Ferienbestimmungen.

Tabakgewerbliches

Laßt alle Hoffnung fahren!

Das war so ungefähr der Sinn der Worte, die der Reichsminister der Finanzen am 28. Juli an die Vertreter der Zigarren- und Raubakindustrie und an die Vertreter der Tabakarbeiterverbände richtete, die gekommen waren, um die Notwendigkeit einer Ermäßigung der auf der Zigarre und dem Raubak ruhenden Lasten darzulegen. Es war ein reichhaltiges und beweiskräftiges Material, welches dem Reichsminister der Finanzen zu Gehör wurde. Insbesondere der Vertreter unseres Verbandes hob die schlimmen Folgen der Tabaksteuer hervor und verlangte dringend eine Ermäßigung der bestehenden Vandenrolensteuersätze, und zwar in einer Form, die die Tabakerzeugnisse in den niedrigeren Preislagen auch verhältnismäßig geringer belastet als die in den höheren. Von einer solchen Regelung sei eine Hebung des Konsums und damit eine Besserung des Beschäftigungsgrades zu erwarten, ohne daß der Gesamtabaksteuerertrag dadurch geringer würde. Aber der Reichsminister der Finanzen blieb unerbittlich. Er verwies auf die in den letzten Monaten eingetretene Verringerung der Arbeitslosigkeit, erinnerte an den Kommissar für die verpfändeten Einnahmen und ließ sich im übrigen auf nichts ein. Der Zufall will es, daß fast zur gleichen Zeit, wo diese Aussprache stattfand, folgende Notiz von der Tagespresse verbreitet wurde:

Auf Grund der Rechtstage, wie sie in der Angelegenheit der Biersteuererhöhung durch den Eilentscheid vom 23. Juni 1926 geschaffen worden ist, haben zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen, Sir Andrew Mc Tadean, Einnahme Verhandlungen stattgefunden, die zu folgendem Ergebnis geführt haben:

Der Kommissar gibt seine Zustimmung zur Hinausschiebung der Biersteuererhöhung bis zum 1. Januar 1927, nachdem der Reichsminister der Finanzen ihm bestätigt hat, daß dadurch die aus dem Londoner Schlußprotokoll für das dritte Reparationsjahr sich ergebenden Haushaltszahlungen nicht geschmälert werden.

Wir haben natürlich nichts dagegen einzuwenden, daß die mit der Mehrbelastung des Tabaks im August vorigen Jahres beschlossene Biersteuererhöhung erst vom 1. Januar 1927 an erhoben wird. Aber wenn es schon möglich ist, mit dem Kommissar für die verpfändeten Einnahmen eine Verständigung über die Hinausschiebung der Biersteuererhöhung zu erzielen, dann muß es bei einigermaßen gutem Willen auch möglich sein, eine Herabsetzung der unerträglich hohen Tabaksteuerlasten zu erreichen.

Die Tabakarbeiter, die die Hauptleidtragenden der Tabaksteuer sind, wissen nur zu gut, daß nach einem Streiche keine Giche fällt. Sie werden deshalb auch fernerhin für eine Ermäßigung und progressive Staffelung der Tabaksteuersätze wirken. Daß auch die Unternehmer sich mit der gleichen Entschiedenheit in der gleichen Richtung bewegen, möchten wir nicht so ohne weiteres behaupten. Die Interessengegensätze in ihrem Lager sind zu groß und verleiten den einen und anderen oft zu Argumentationen, an denen wohl der Reichsminister der Finanzen seine helle Freude hat, die aber niemals zum Erfolge führen.

Betel und Raubak

So betitelt sich eine kleine Abhandlung über die Herstellung und Verbreitung verschiedener Raubjekte, die mit A. J. unterzeichnet und von der Korrespondenz Feuchtwanger (Halle a. d. Saale) an mehrere Tageszeitungen verschickt worden ist. Wir hätten von der ganzen Sache nicht weiter Notiz genommen, wenn der Schluß der Abhandlung nicht lauten würde:

Vielleicht würde mancher Rauer seine Manie ganz aufgeben, wenn er erfahren würde, welche nicht gerade appetitliche Prozedur mit dem Tabak vorgenommen wird, ehe er ihn in seiner Mundhöhle hin- und herwälzen kann. Die Tabakblätter werden ausgelaugt, mit verschiedenen Sosen getränkt und dadurch einem Beizverfahren unterzogen, so daß viele Arbeitshände mit den Blättern in Berührung kommen. In Nordamerika, wohin das Tabakkauen von Europa aus verpflanzt wurde, konnten auch schwere Krankheits Symptome, die durch das Kauen hervorgerufen wurden, festgestellt werden, so u. a. hochgradige Verdauungsstörungen und seelische Erschütterungen.

A. J. scheint auch an seelischen Erschütterungen zu leiden, denn sonst hätte er diese Stillübung wohl kaum in die Welt gesetzt. Daß bei der Herstellung des Raubak die peinlichste Sauberkeit herrscht, dafür bürgt schon die Raubakarbeiter-schaft, die fast geschlossen freigewerkschaftlich organisiert ist. Einige Zeitungen — so der „Vorwärts“ — haben denn auch die ersten beiden Sätze gestrichen. Die durch das Tabakkauen hervorgerufenen Krankheits Symptome wollen wir A. J. schenken, da sie nach seinen Angaben — Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste! — nicht in Deutschland, sondern in Nordamerika festgestellt worden sind.

Tabakarbeiterbewegung

Wilhelm Fuhse †

In der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August ist in Br der frühere Vorsitzende des Reiseunterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, Wilhelm Fuhse, im Alter von annähernd 78 Jahren gestorben. Die Tätigkeit Wilhelm Fuhses für die große Sache der Tabakarbeiter wird immer dann ehrenvolle Erwähnung finden, wenn von der Wiederaufrichtung der Tabakarbeiterorganisation unter dem Sozialistengesetz die Rede ist. War er es doch, der im Juli 1882 als Vorsitzender des Bremer Lokalvereins an die Kassierer der Orte, an denen Reiseunterstützung gezahlt wurde, die Aufforderung richtete, sich mit dem Bremer Lokalverein in Verbindung zu setzen. Dieses Inverbindungsetzen führte dann am 22. November 1882 zur Gründung des Reiseunterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, dem späteren Deutschen Tabakarbeiter Verband, dessen erster Vorsitzender Wilhelm Fuhse war. Wenn der nunmehr Verstorbene später auch selbständig wurde und die von ihm mit ins Leben gerufene Organisation verließ, so nahm er an der weiteren Entwicklung der Tabakarbeiterbewegung doch immer regen Anteil. Zuletzt war er noch auf dem Jubiläum unseres Verbandsvorstandes, Kollegen Karl Dehmann, am 1. Oktober vorigen Jahres. Jetzt weiß er nicht mehr unter den Lebenden. Was er aber in kürzerer Zeit für die Tabakarbeiter getan hat, soll ihm niemals vergessen werden.

Wirtschaftspolitische Theorien

Von Hermann Kruse

VI.

Die Grenznutzentheorie

Die Methode der Klassiker, durch die historische Schule verdrängt, erlebte in der Grenznutzenlehre ihre Wiedergeburt. Die abstrakte Methode wurde in Anlehnung an die alte deutsche Gebrauchswertschule durch Karl Menger in seinem 1871 erschienenen Werk „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ vertreten. Neben Menger sind der Engländer Jevons und der Schweizer Walras als Begründer der Grenznutzentheorie zu nennen. Das Hauptmerkmal der neuen Schule liegt darin, alles auf den Grenznutzen zu beziehen. Nach Menger sind die wirtschaftlichen Güter ihrem Wesen nach als Bedingung einer Bedürfnisbefriedigung aufzufassen und die Bedeutung, die sie hierdurch erlangen, ist ihr wirtschaftlicher Wert. Er unterscheidet Güter erster Ordnung, das sind solche, die unmittelbare Bedürfnisse befriedigen (Genussgüter) und Güter höherer Ordnung (Erzeugungsgüter), die aber zur völligen Nutzung in komplementären Mengen vorhanden sein müssen. Die Nützlichkeit eines Gutes im allgemeinen ist gleichgültig, was interessiert, ist allein der Nutzen des Gutes, das ich brauche. Die Güter werden nach der letzten Nutzung, dem Grenznutzen, geschätzt. Der Gedanke des Grenznutzens ist der Sesam, öffne dich, die Formel, die den Schlüssel zu den verwickeltesten Vorgängen des wirtschaftlichen Lebens gibt und gestattet, die unentwirrbarsten Probleme der Wissenschaft zu lösen, schreibt Böhm-Bawerk, allergrößte Leuchte der Grenznutzentheorie, die erschrocklich gelehrte Werke hierüber geschrieben hat. Eugen Böhm-Bawerk, Professor der Universität Wien und österreichischer Ministerialrat, schrieb das zweibändige Werk „Kapital und Kapitalzins“. Als Wert bezeichnet er diejenige Bedeutung eines Gut oder Güterkomplex als anerkannte Bedingungs zwecke eines Subjekts erlangt. Verschiedene wirtschaftende Personen mit verschiedener Bedarfsdeckung schätzen die Güter verschieden. Auf dem Markte begegnen die verschiedenen Schätzungen einander, aus der Kollision der verschiedenen Schätzungen ergibt sich der Preis. Der Preis ist von Anfang bis zu Ende das Produkt subjektiver Wertschätzungen. Danach ist der Preis das Resultat der auf dem Markt sich begegnenden Schätzungen von Ware und Preisgut.

Wir leben in der Gegenwart, sagt Böhm-Bawerk, aber unsere Zukunft ist uns nichts Gleichgültiges: unsere vernünftigen Wünsche sind auf dauernde, Gegenwart und Zukunft umfassende Wohlfahrt gerichtet. Nach ihm sind gegenwärtige Güter in der Regel mehr wert als künftige Güter gleicher Zahl und Art. Er kennt Güter entfernterer Ordnung, die sogenannten Produktivgüter, die, obschon sie körperlich gegenwärtig, ihrer wirtschaftlichen Natur nach Zukunftsware sind. Sie sind in ihrem Zustande zur Bedürfnisbefriedigung untauglich, bedürfen der Umformung in Genussgüter; da dies Zeit erfordert, können sie ihre Dienste immer erst den Bedürfnissen zukünftiger Perioden leisten. Deshalb stehen gegenwärtig verfügbare Genussgüter entfernter Ordnung künftigen Genussgütern gleich. Ihr Nutzen ist Zukunftsnutzen, sie sind Zukunftsware. Nach Böhm-Bawerk kaufen die Unternehmer Güter entfernterer Ordnung (Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge und die Arbeitsleistung) und verwandeln sie durch den Produktionsprozess in genutzfähige Güter, also in Güter erster Ordnung. Dabei fällt ihnen außer der Vergütung für ihre Mitwirkung der ursprüngliche „Kapitalzins“ zu, den manche Profit oder Mehrwert nennen. Der Kapitalzins entsteht dadurch in der Hand des Unternehmers, daß die Zukunftsware während des Fortschreitens der Produktion allmählich zu Gegenwartsware ausreißt und damit in den Vollwert der Gegenwartsware hineinwächst. Dieser Wertzuwachs ist aber der Kapitalgewinn.

Dies ist das große Geheimnis der sehr lustigen Grenznutzentheorie, die erfunden wurde, ausgerechnet die bisherigen Theorien des Profits, die die bösen Sozialisten begründeten, zu zerstören. Als Kritiker, sagt Böhm-Bawerk, sind die Sozialisten tüchtig, aber als Dogmatiker sind sie ausnehmend schwach.

Wie vernichtet Böhm-Bawerk die sozialistische Mehrwerttheorie? Ganz einfach: Ein Kapitalist kauft Rohstoffe, Produktionsmittel und Arbeitskraft, mischt alles recht kräftig durch-

einander und — läßt Zeit vergehen. Das Ende der Prozedur ergibt Güter von einem höheren Wert, als den, welchen der Unternehmer in das Geschäft hineinlegte. Dieser Wertzuwachs bleibt eine Schöpfung der vergegenwärtigten Zukunft, die nichts mit Arbeiten und Arbeitern zu tun hat. Mit diesem Unsinn will er beweisen, daß den Kapitalisten keine unbezahlte Mehrarbeit zufällt, daß Karl Marx' Lehre vom Mehrwert falsch ist.

Führen wir an einem praktischen Beispiel die Grenznutzentheorie, nach welcher der Wert einer jeden Ware aus ihrer Nützlichkeit und dem nach ihr empfundenen Bedürfnis herzu-leiten ist, ad absurdum: Wir alle kennen diesen ehrjamen Typ der Volksgenossen, den man in Berlin mit „Wurstmaxe“ bezeichnet. Wir wissen auch, daß dieser sein Brot sauer verdienen muß und nicht auf Rosen gebettet ist. Nehmen wir an, Wurstmaxe stünde seinem Geschäfte nachgehend mit zer-schlissenen Schuhen auf der Straße. Wir fragen ihn, ob er denn kein Bedürfnis nach neuen Schuhen hätte. Zweifellos würde er dies bejahen. Nun erklären wir — mit allen Lehren des Böhm-Bawerk wohl ausgerüstet —, ihm helfen zu wollen und gehen mit ihm samt seinem Wurstkessel in den nächsten Schuhwarenladen. Essen sie gerne Würste? werden wir die freundliche Verkäuferin fragen. Sie wird uns dies etwas erstaunt, im übrigen freudig bejahen. Da wir wissen, daß die subjektiven Wertschätzungen der natürliche und sogar der einzig mögliche Kompasß unserer Handlungen sind, bitten wir nach diesem Vorbild die Schuhverkäuferin, dem Wurstmaxe gegen ein paar Würste das ihm passende Schuhzeug auszuhändigen. Ist doch ein Tausch nunmehr für einen seinen Nutzen verfolgenden Wirt ökonomisch dann möglich, wenn er das zu erwerbende Gut höher schätzt, als das von ihm selbst besessene. Wurstmaxe wird platt sein und die Verkäuferin — eine echte Berlinerin — wird etwas pikiert erwidern, daß die Schuhe für Wurstmaxe 20. M und nicht ein paar Würste kosten. Wir würden sodann noch versuchen, der Verkäuferin plausibel zu machen, den von uns vorgeschlagenen Tausch einzugehen, lehrt doch Böhm-Bawerk, daß bei den meisten Verkäufen durch berufsmäßige Produzenten und Händler der Marktpreis durch die Schätzungsziffer des letzten Käufers, der bereit ist, dem Verkäufer ein Gut in Tausch zu geben, bestimmt wird. Aber wir kommen mit unserer Belehrung nicht zu Ende, denn Wurstmaxe hat sich von seinem Erstaunen erholt und seine Haltung läßt uns geraten erscheinen, den Schauplatz der praktischen Anwendung der Grenznutzentheorie schleunigst zu verlassen.

Die Grenznutzenlehre, auch die österreichische Schule genannt, ist ein Produkt aus Furcht vor dem Sozialismus. Wenn sie nicht bestünde, müßte sie direkt erfunden werden. Hören wir, was ein geschworener Feind des Sozialismus, der Professor O. Spann, in einem Vortrag, die Ueberwindung des Marxismus benannt, in der Mitgliederversammlung der deutschen Arbeitgeberverbände sagt: Die geschichtliche Schule der Volkswirtschaftslehre war theoretisch nicht fähig, dem mit schärfster Begriffswissenschaft und Logik gewappneten Marxismus entgegenzutreten. Da hat die österreichische Schule die Ehre der deutschen Wissenschaft gerettet. Diese hatte in ihrer Grenznutzentheorie Argumente ausgebildet, welche die Marx'sche Wert- und Mehrwerttheorien mit geradezu zermalmender Wucht trafen.

„Märtyrer der Zeit“

Wunderdoktoren, die die gegenwärtige Krise mit Vorschlägen zu heilen glauben, schließen zurzeit wie Pilze aus der Erde. Industrieführer, Wirtschaftstheoretiker, Finanzfachleute und andere Kapazitäten schütteln die Vorschläge nur so aus den Ärmeln. In der Regel wird dabei die nicht unwichtige Tatsache übersehen, daß der wirtschaftliche Niedergang der letzten Monate eine Krise des deutschen Kapitalismus überhaupt ist. Wohl ist es richtig, daß die innere Krankheit Europas, dessen nicht unwichtigster Teil Deutschland ist, die Kräfte der gegenwärtigen Krise geleast hat und letzten Endes zur Entsalzung brachte. Dennoch wäre es falsch, dieses Faktum als allein maßgebend anzuerkennen und im übrigen vor den nächstliegenden Tatsachen die Augen zu verschließen.

Herr Friedrich Minow, der früher Mächtigkeit im Hause Stinnes, schrieb im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Behebung“. Der Artikel

enthält neben mancher schiefen Auffassung auch ganz treffende Bemerkungen. Aber wir greifen ihn unter vielem heraus, weil sich an ihm treffend nachweisen läßt, daß die besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft von den Eierschalen ihrer Einstellung nicht loskönnen, wenn es sich um die theoretische Durchdringung wirtschaftlicher Zustände handelt. Minoug schreibt u. a.:

Der deutsche Industrielle, neben dem deutschen Landwirt, ist heute in der Tat der Märtyrer der Zeit. Gequält von fortgesetzten Eingriffen des Staates, leidend unter ungeheuren öffentlichen Abgaben und den noch immer zu hohen Zinssätzen für das so dringend nötige Kapital und in seiner Existenz gefährdet durch Mangel an lohnenden Aufträgen, schleppt sich mühsam hin. Der Kreislauf stockt; wir können nicht konsumieren, da wir nicht produzieren, und können nicht produzieren, da wir nicht konsumieren. Unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland nicht produzieren zu müssen, gilt als menschliches Glück, so daß es menschlich auch durchaus zu verstehen ist, wenn alte Unternehmungen einschrumpfen und aufgegeben werden und an neue Unternehmungen sich niemand heranwagt.

Also der deutsche Industrielle ist der Märtyrer der Zeit! Man wäre versucht, an eine Aeußerung Minoug' anzuknüpfen, die er einmal vor dem Untersuchungsausschuß über den Marksturz 1923 gemacht hat. Er war noch Generaldirektor der Stinnes G. m. b. H., Berlin, und polemisierte dort gegen den Vertreter der „Frankfurter Zeitung“. Dabei äußerte er:

Woher bekommt Stinnes das Geld? Er hat eine Schar von Mitarbeitern, die mit Begeisterung für ihn arbeiten, und soviel Geld hat kein Hugo Stinnes und keine „Frankfurter Zeitung“, daß diese Schar sich dazu hergebe, etwas zu tun, was gegen die deutschen Interessen ginge! . . . Unser Tag hat 16 Stunden; wenn alle, so wie wir, 16 Stunden arbeiteten, würde es um Deutschland besser stehen.

Wir wissen nicht, ob die deutschen Industriellen allgemein heute noch erklären können, täglich 16 Stunden zu arbeiten. Wie Minoug schreibt, gilt es heute als ein Glück, nicht produzieren zu müssen. Als man auf dem bequemen Boden der Inflation mühelos scheffeln konnte, war dies anders. Jetzt, da es heißt, wirkliche Fähigkeiten eines Wirtschaftsführers zu entwickeln, sehen wir wenig Glanzleistungen, dafür Resignation und Verzweiflung. Märtyrer der Zeit, dieses Prädikat vermögen wir unseren Industriellen nicht zuzuerkennen. Dies sind die Millionen Arbeiter und Angestellten, die beschäftigungslos auf dem Pflaster liegen. Sie sind die wahren Märtyrer und, wie man hinzufügen muß, so geduldig, daß man ihre Langmut bewundern muß.

Und nun zu der Behauptung des stockenden Kreislaufes:

Der Kreislauf stockt; wir können nicht konsumieren, da wir nicht produzieren, und können nicht produzieren, da wir nicht konsumieren.

Diese Auffassung kann man als landläufig bezeichnen, man hört sie allerorten und kennzeichnet die verkehrte Einstellung unserer Wirtschaftslenker. Man kommt nicht auf den Gedan-

ken, daß die Krise in der Hauptsache eine Frage der Warenpreise ist. Und das die schweren Opfer umsonst gebracht werden, wenn es nicht gelingt, die Warenpreise ganz empfindlich zu senken. Die amerikanischen Industriellen haben es früh genug begriffen, wie man sich Abnehmer künstlich schafft, wenn sie nicht vorhanden sind. Bei einer Reise durch Deutschland berichtet der Amerikaner A. Gillette, daß er auf die Klage deutscher Industrieller, wonach die Waren nicht abzusetzen seien und die Produktion infolgedessen eingeschränkt werden müsse, erwidert habe: „Sie müssen mehr produzieren!“ Auf die verbutzten Gesichter hat dann der Amerikaner hinzugefügt, daß diese Mehrproduktion auf dem Wege gewaltiger herabgesetzter Preise ihre Konsumenten suchen müsse. Bei uns in Deutschland denkt man zuletzt an die Erweiterung der Kaufkraft durch die Verbilligung der Preise. Im Gegenteil, man hat in der Inflation alles und danach die Konsumenten erschlagen, die Kaufkraft der breiten Massen, dieses große Aufsaugbecken einer gesteigerten Produktion, wurde vermindert anstatt vermehrt.

Wenn nach dem Auslande exportiert werden soll, erkennt man folgerichtig, daß die Waren möglichst billig angeboten werden müssen. Der ausländische Käufer bekommt deutsche Waren viel billiger als der deutsche. Wir brauchen gar nicht an deutsches Eisen zu erinnern, welches in europäischen Nachbarländern kaum die Hälfte kostet als in Mitteldeutschland. Auch Fertigfabrikate sind im Auslande billiger zu kaufen als im Ursprungslande Deutschland. Eine vollendete Ungerechtigkeit, daß man im Auslande durch energische Herabsetzung der Preise Abnehmer zu gewinnen sucht, während man dies in Deutschland selbst viel billiger haben könnte. Doch den inländischen Konsumenten betrachtet man als melkende Kuh, gerade gut genug, durch Kartelle und Preiskonventionen stranguliert zu werden. Der verbilligte Export wird überdies noch auf die inländischen Preise draufgeschlagen. Es ist erfreulich, daß diese Gedankengänge auch von bürgerlichen Leuten konsequent verfolgt werden. So schreibt der demokratische Professor Bonn im „B. Z.“ über Preispolitik und Arbeitslosigkeit u. a. folgendes:

Entweder müssen die Einkommen in ihrer Kaufkraft erhöht werden, d. h. die letzten Konsumenten müssen mehr Geldeinheiten — bei gleichbleibendem Geldwert — bekommen als früher, so daß sie nicht nur die gleiche Menge, sondern eine darüber hinausgehende Menge von Sachgütern verzehren können, oder die Kosten der Sachgüter müssen so herabgedrückt werden, daß gleichbleibende Einkommen größere Mengen verbrauchen können. Ohne eine der beiden Methoden — sie können auch kombiniert werden — ist eine Ausnutzung der aufgequollenen Produktionsanlagen unmöglich. . . . Eine Krise ist eine sinnlose Krise, wenn sie nicht den Ausgleich, das heißt die Anpassung der Produktion an den letzten Konsum herbeiführt. . . . Die

Die Bedeutung des Achtstundentages für die Arbeiterinnen

Von Gertrud Hanna

Mitglied des Internationalen Gewerkschaftlich. Arbeiterinnenkomitees

Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich ist für die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen von noch größerer Bedeutung als für die Männer. Die übergroße Mehrzahl der Frauen kann sich nach getaner Arbeit nicht einmal in dem Umfange der Ruhe oder selbstgewählter Erholungsarbeit, z. B. Spiel, Sport, Spaziergängen, Lektüre usw., hingeben, wie es die Männer können. Auf die Frauen wartet in der Regel zu Hause eine Menge Arbeit, die oftmals nicht weniger anstrengend ist als die Erwerbsarbeit in den Betrieben.

Die verheirateten Frauen müssen oft genug neben ihrer Erwerbsarbeit die gesamte Hausarbeit verrichten, einschließlich der Arbeiten, die das Besorgen der Lebensmittel und das Herichten der Mahlzeiten für die Familie erfordert. Bei dem wohl ausnahmslos in allen Ländern gesunkenen Reallohn, insbesondere für Frauenarbeit, ist die Zahl der Fälle, wo Frauen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind, sich Hilfe für die Hausarbeiten nehmen können, gegen früher erheblich geringer geworden. Aber auch die unverheirateten Frauen arbeiten im Hause zwangsläufig mehr als Männer. Sie nähen, waschen, bügeln ihre Kleider und Wäsche recht oft selber, weil ihr relative niedriger Lohn nicht ausreicht für die Bestreitung des Lebensunterhalts und der Beschaffung des Bedarfs an Kultur- und Konsumgütern wie Bücher, Unterhaltung, Vergnügungen, auf die wir nicht verzichten können, wenn die Arbeitsfreudigkeit erhalten werden soll. Die Anforderungen, diese Doppelbelastung an Körper- und Nervenkräften der weiblichen Arbeitnehmer

muß aber dazu führen, die Arbeitskraft zu zerstören, wenn nicht die Arbeitszeit vom Tage soviel übrig läßt, um Körper und Geist ausruhen zu lassen und zu pflegen.

Bis jetzt hat die Doppelbelastung der weiblichen Arbeitnehmer insbesondere zu wenig Zeit übriggelassen, um den Geist zu pflegen und ihn so zu entwickeln, daß auch die Frauen in ihrer Mehrzahl erkennen können, daß sie ein Recht haben auf Leben und Wohlergehen. Aber auch die Körperpflege muß bei der knappen Zeit, die der Arbeitstag den Frauen übrig läßt, mehr vernachlässigt werden, als der Gesundheit der Frauen zuträglich ist, die als Mütter die Trägerinnen der kommenden Generation sind.

Deshalb müssen gerade die Frauen nach einer Regelung der Arbeitszeit streben, die als gesund bezeichnet werden kann.

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf sei deshalb die Parole der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen, die wir durch die Gewerkschaften durchsetzen wollen.

Pflichtarbeit erwerbsloser Frauen

Die schwere Krise bringt nicht allein männliche Arbeiter auf die Straße, sondern nicht wenige Industrien stellen auch ein großes Kontingent erwerbsloser Frauen. Nach § 14 der Verordnung über Erwerbslosen-Fürsorge haben nun die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Diese Vorschrift hat in einer Reihe von Arbeitsnachweisbezirken zu Mißständen geführt, die dringend der Abhilfe bedürfen. Ein besonderes Kapitel auf diesem Gebiete bildet die Pflichtarbeit erwerbsloser Frauen.

Produktionsverbilligung ist der Sinn jeder Krise; die Preise müssen soweit sinken, daß nur die besten Werke bei den gesunkenen Preisen weiterproduzieren können. Diese dehnen sich dann unter Umständen sogar aus, während die schlechteren ausgemerzt werden. Auf dem gesunkenen Preisniveau wächst dann bei gleichem Einkommen der Konsum der betreffenden Ware wieder an. Es wächst aber auch der Konsum anderer Waren, da durch die Verbilligung ein Einkommensteil frei geworden ist. Eine Krise, die keinen Preisfall bringt, und zwar einen erheblichen Preisfall, ist eine sinnlose Krise. Sie wird je unfruchtbarer, je länger sie dauert. Sie ist nur zu überwinden, wenn billiger produziert und mehr konsumiert wird. . . . Nur fallende Preise als Ergebnis steigender Ergiebigkeit der Arbeit können die Arbeitslosigkeit beseitigen.

Das ist etwas ganz anderes, als wenn man, wie Minoug hilflos stammelt: „Wir können nicht produzieren, weil wir nicht konsumieren, und nicht konsumieren, weil wir nicht produzieren können.“ Die amerikanische Wirtschaft stände noch auf der Stufe wie vor 12 Jahren, es gäbe weder einen Ford noch ein billiges Auto, wenn man nach deutschem Muster verfahren wäre. Bei uns kennt man eben nur den Produzenten, der Konsument wird kaum in Rechnung gestellt. Der Konsument ist schutzlos, die Produzenten werden in dem Lande der Monopole, von hohen Schutzzollmauern umgeben, gehegt und gepflegt. Was der staatliche Schutz nicht vermag, wird durch den Selbstschutz der Kartelle und Syndikate nachgeholt. Die ökonomische Einstellung ist durchaus mittelalterlich, der gerechte Preis soll jedem Produzenten wie in der seligen Zukunft zu gestanden werden, wenn auch die Produktionsanlagen in der Größe und in ihrer Beschaffenheit mit der Kaufkraft der Bevölkerung in keinem Zusammenhang und in keiner Uebereinstimmung stehen.

Martyrer der Zeit sind die Arbeitslosen, die Sozialrentner und sonstige Leidtragende dieses Systems und in weiterem die breite Masse der Arbeitenden, die ständig in Unsicherheit lebt und denen man einen sicheren Lebensstandard nicht zu verschaffen vermag. Martyrer aber sind nicht jene, die eine volkswirtschaftliche Aufgabe nicht zur Zufriedenheit aller zu vollbringen vermochten.

Deutscher Krankenkassentag

Auf dem 30. Deutschen Krankenkassentag des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen e. V., der am 25. Juli in Düsseldorf eröffnet wurde, waren 521 Arbeitgebervertreter, 893 Vertreter der Versicherten, 641 Angestellte der Krankenkassen und 107 Ehrengäste, im ganzen 2162 Teilnehmer anwesend. Bei der 13. Jahresversammlung, die ebenfalls in Düsseldorf stattfand, waren 155 Kassen mit 330 Teilnehmern anwesend.

Sowohl Artikel 7 der Ausführungsvorschriften zur Verordnung über Erwerbslosen-Fürsorge bestimmt, daß den Erwerbslosen nur solche Arbeiten zugewiesen werden dürfen, die sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden würden. Will also eine Gemeinde Pflichtarbeiten verrichten lassen, dann muß der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises solche Arbeiten erst als Pflichtarbeiten anerkennen.

Von den Gemeindeverwaltungen, welche meistens im Auftrage des öffentlichen Arbeitsnachweises die Unterstützung vornehmen, werden die Erwerbslosen jetzt vielfach zur Pflichtarbeit gezwungen, ohne daß der Verwaltungsausschuß etwas davon weiß. So werden denn auch Frauen, welche das Unglück haben, erwerbslos zu sein, vielfach zur Pflichtarbeit herangezogen, ohne daß der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises einen diesbezüglichen Antrag zu Gesicht bekommen hat. Manche Gemeindeverwaltungen sind geradezu erschreckend in der Schaffung von Pflichtarbeit für die Frauen.

In einer Gemeinde wurden die erwerbslosen Tabakarbeiterinnen zu Waldarbeiten herangezogen; in einer anderen mußten sie den Friedhof säubern und junge Pflanzungen bepflanzen. Das Tollste leistete sich jedoch die Gemeinde Daubringen im Oberhessen, die die erwerbslosen Tabakarbeiterinnen mit Hacke und Schaufel ausrüstete, dieselben erst den Friedhof abhacken und dann mit einem Schubkarren den überflüssigen Boden fortzuschaffen ließ. Nach dieser Arbeit mußten die Kolleginnen zehn Tage hintereinander rigolen, weil die Gemeinde auf der Schutthalde eines alten Steinbruchs einen Kiefernwald anpflanzen wollte. Den Kolleginnen wurde aufgegeben, den Boden 30 cm tief zu rigolen und fein sauberlich alle Steine herauszulegen. Doch damit nicht genug, mußten auch den Kolleginnen auch noch zu, Steine, von der Größe einer

Die Tagung hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Das weite Mund des Planetariums war bis auf den letzten Platz ausgefüllt. In seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende, Stadtrat Ahrens, Berlin, einen Ueberblick über den jetzigen Stand der Krankenversicherung.

Die Reichsgesundheitswoche sei auf Anregung des Hauptverbandes veranstaltet worden. Ein schweres Problem für die Kassen sei die Zunahme der Durchschnittskrankheitsdauer, die eine Folge des Krieges und der Arbeitslosigkeit sei, wodurch eine Steigerung der Ausgaben der Kassen erfolge. Leider habe der Gesetzgeber bisher den Krankenkassen nicht das gegeben, was sie fordern müßten. Eine Herabsetzung der Kassenbeiträge sei unmöglich. Unmöglich sei aber auch ein Abbau der Sozialversicherung, wie er in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gefordert werde.

Der geschäftsführende Vorsitzende Lehmann, der nach den Begrüßungsansprachen, an denen sich ein Vertreter der Stadt Düsseldorf, Vertreter des Reiches und verschiedener Landesregierungen, des Reichstages und der Behörden beteiligten, alsdann das Wort zum Geschäftsbericht erhielt, wies besonders darauf hin, daß von 11,6 Millionen Versicherten der Ortskrankenkassen 10,25 Millionen im Hauptverband zusammengeschlossen sind. Auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge habe der Hauptverband Hervorragendes geleistet. Der Berichterstatter betonte, daß der Kampf mit den Ärzten, die auch unter sich einen Konkurrenzkampf führten, weiter gehe. 1885 gab es in Deutschland 15 000 Ärzte. Heute sind es 42 000, von denen nur ein kleiner Bruchteil außerhalb der Kassen tätig sei. Der Beschluß des Preussischen Landtages, den 20prozentigen Rabattabschlag von der Ärztegebührenordnung aufzuheben, bringe den Kassen eine Erhöhung ihrer Ausgaben mit jährlich etwa 50 Millionen Reichsmark. Die Wiedereinführung der Wochenhilfe bedeute eine Belastung, die aber von den Kassen im Interesse der Volksgesundheit hinzunehmen werden müsse. Der Bericht wurde ohne Ausprache entgegengenommen und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Ueber das Thema „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Sozialversicherungsträger“ sprach Oberregierungsrat Unger, Berlin. Er unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Die aus dieser Erkenntnis heraus bei vielen Versicherungsentitäten entstandenen Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen haben praktische Erfolge gehabt. Auch die zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern getätigten Abkommen ermöglichten ein reibungsloses Arbeiten, was im Interesse der Versicherten nur zu begrüßen sei.

kaust bis zum Gewicht eines Zentners und darüber, welche aus dem Boden herausgearbeitet waren, mit einer Tragevorrichtung auf einen Haufen zu tragen, weil mit einer Schubkarre in dem losen Erdreich nicht zu fahren war. Daß den Kolleginnen nun endlich die Geduld ausging, ist nicht weiter verwunderlich.

Als die Verwaltung der Zahlstelle Gießen unseres Verbandes Kenntnis von diesen Missetatungen erhielt, wandte sie sich sofort an das Kreisamt Gießen und drang auf Abhilfe. Von da aus wurde die Sache an das Arbeitsamt weitergeleitet. Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises für das nördliche Oberhessen hat sich dann in seiner Sitzung am 12. Juli mit der Sache beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt:

Der Bürgermeisterei Daubringen soll eröffnet werden, daß nach Ansicht des Unterausschusses die in Frage kommenden Arbeiten für weibliche Personen nicht geeignet sind. Insbesondere nicht für Tabakarbeiterinnen. Ueberhaupt sollen weibliche Erwerbslose nur zu leichten Arbeiten herangezogen werden.

So ist durch das Eingreifen unseres Verbandes ein nicht zu unterschätzender Erfolg im Interesse der Tabakarbeiterinnen erzielt worden. Es wäre jedoch irrig, annehmen zu wollen, nur in Daubringen wären die Tabakarbeiterinnen zu Pflichtarbeiten herangezogen worden, welche ihnen wegen ihres körperlichen Zustandes nicht zuerkannt werden konnten. Die angeführten Beispiele ließen sich noch um viele vermehren. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise den Gemeindeverwaltungen in dieser Richtung mehr auf die Fingern leben würden und darauf achten, daß die angeordneten Pflichtarbeiten den Bestimmungen über die Erwerbslosen-Fürsorge entsprechen und für die Frauen geeignet sind.



Prof. Klein, Jena, sprach über das Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung. Wenn auch die Behandlung der Versicherten nur durch das Naturheilverfahren nicht zu erreichen sei, so müsse doch gefordert werden, daß auch den Naturärzten die Zulassung zur Kassenpraxis ermöglicht werde.

Ueber das Frühheilverfahren in der Unfallversicherung sprach Verwaltungsdirektor Köhn, Berlin. Durch das Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1926 ist dem Frühheilverfahren eine größere Bedeutung als früher eingeräumt. Die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaften und der Krankenkassen greifen hier ineinander und sind durch ein gegenseitiges Abkommen abgegrenzt und festgelegt.

Am 26. Juli wies Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium in seinem Referat über die „Internationale Sozialversicherung“ auf die große Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes hin. Auf der letzten Arbeitskonferenz habe man sich entschieden, bei der Beurteilung von Berufskrankheiten den Kreis der Betriebe weiterzuziehen. Ueber die Grundprobleme der internationalen Sozialversicherung seien sich alle Mitglieder einig gewesen. Die soziale Lage habe sich in der ganzen Welt verschärft. Wenn die Weltwirtschaft wieder in geordneten Bahnen laufen sollte, dann müsse erst die soziale Lage der Arbeiterschaft gebessert werden, und wenn im nächsten Jahre auf der Arbeitskonferenz über die Arbeiterversicherung verhandelt werde, dann müßte die Arbeiterschaft der ganzen Welt vertreten sein.

Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes machte Dr. Stein zu diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat noch Ergänzungen.

Dann sprach Prof. Dr. Schloßmann, Düsseldorf, über „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen“. Eine solche Fürsorge müsse gesetzlich geregelt sein. Mit der Kinderfürsorge eng verbunden seien Wöchnerinnen- und Familienfürsorge. Auch die Kinder der Mitglieder hätten Anspruch auf Krankenhausbehandlung. Dafür zu sorgen sei Sache der Gemeinden. Der Redner nahm dann Stellung gegen die Stadt Düsseldorf, die für Krankenhausaufenthalt nicht nur von einem Erwachsenen, sondern auch von einem Kinde 5 M pro Tag verlange. Das sei ein skandalöser Zustand, der nicht länger geduldet werden dürfte. Die Krankenkassen hätten die Pflicht, dagegen anzukämpfen. Der Redner wies dann noch darauf hin, daß das Wohnungselend keine Folge der Vorkriegszeit sei, sondern auf die öffentliche Indifferenz in der Vorkriegszeit zurückzuführen sei. Wer das Gegenteil behauptete, täusche die Öffentlichkeit.

Ueber die „Organisation der Kinderfürsorge“ sprach Verwaltungsdirektor Strübig, Hamburg, der verlangte, daß man sich frühzeitig genug für die Jugendlichen einsetzen müßte. Vorbeugende Tätigkeit sei das wichtigste. Man müsse sofort zugreifen mit der Kinderfürsorge, bevor es zu spät ist. Vor allen Dingen müßten mit staatlichen und kommunalen Behörden Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die die Pflicht hätten, die Kinderfürsorge zur Durchführung zu bringen.

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge,

das Versicherungsinstitut der deutschen Arbeiterschaft, hat im 1. Halbjahr 1926 die nachstehenden, recht beachtlichen Erfolge aufzuweisen. Die Zahl der Anträge steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117 000 und erreicht damit einen Bestand von insgesamt zirka 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 50 Millionen Reichsmark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von zirka 220 Millionen Reichsmark. An Sterbegeldern wurden in den ersten 6 Monaten d. J. 300 000 RM. ausgezahlt, damit sind seit Umkehrung auf feste Währung insgesamt 1,5 Millionen Reichsmark den Hinterbliebenen der bei der Volksfürsorge verstorbenen Versicherten zugute gekommen.

Zur Förderung der Konsumgenossenschaften, des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaus usw. wurden Darlehen, die mündelsicher angelegt sind, in Höhe von 15 Millionen Reichsmark gegeben bzw. fest zugesagt. Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften unterstützen. Alle Versicherungsbedürfnisse des arbeitenden Volkes müssen bei dem eigenen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge, gedeckt werden.

Rat und Auskunft erteilt der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Rundschau

Die Bedeutung des Geburtenausfalls während des Krieges

Die schwierige Lage des heutigen Arbeitsmarktes gibt Anlaß, der Frage der Rückwirkungen, die der Geburtenausfall während des Krieges in kommenden Jahren auf das Arbeitsangebot haben wird, besondere Beachtung zu schenken. Die Zahl der Geburten begann im April 1915 sich infolge des Krieges zu verringern. Der Höchstausfall an Geburten wurde im November 1917 erreicht mit ungefähr 50 v. H. der Geburten des Jahres 1913. Vor dem Kriege machten die unter 5 Jahre alten Kinder 12 v. H. der Gesamtbevölkerung aus, 1919 nur 6,35 v. H. Die folgende Tabelle zeigt die voraussichtliche Auswirkung des Geburtenausfalls vom Jahre 1928 ab an Hand von Ziffern der Kindereinschulung:

Jahr der Einschulung	Zahl der eingeschulerten Kinder	Jahr der Schulentlassung
Ostern 1920	1 317 309	1928
„ 21	1 234 528	1929
„ 22	808 623	1930
„ 23	721 011	1931
„ 24	654 173	1932
„ 25	700 169	1933
„ 26	1 318 045	1934
„ 27	1 276 913	1935

Wenn nach dieser Uebersicht auch im Jahre 1932 die Zahl der aus der Schule zur Entlassung kommenden Kinder auf die Hälfte reduziert sein wird, und daher zweifellos ein erheblicher Ausfall an jugendlichen Arbeitskräften, die normalerweise dem Arbeitsmarkt zustreben, eintreten wird, so ist doch die Auswirkung auf den gesamten Arbeitsmarkt nur sehr schwer zu überblicken. Es ist anzunehmen, daß für einen größeren Teil der Jugendlichen wieder die Möglichkeit bestehen wird, eine Lehrstelle zu finden, daß das Angebot an jugendlichen ungelerten Arbeitern nachlassen und damit eine erhebliche Entlastung des Arbeitsmarktes der älteren ungelerten Arbeiter eintreten wird.

Literarisches

Gegen den Industriejudalismus!

Gegenwärtige Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Referat von Fritz Larnow vor den Funktionären der Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 29. März 1926 in Essen. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin 1926. 32 Seiten. Preis 30 s.

Schon der Anlaß, aus dem Larnows Vortrag gehalten wurde, ruft ein besonderes Interesse am Inhalt dieses Büchleins hervor. Die Vereinigten Handelskammern des westdeutschen Industriegebietes hatten zum 15. März d. J. nach Essen eine „Kundgebung der gesamten Wirtschaft des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes“ einberufen, und die Unternehmer waren, in der bei ihnen tief verwurzelten Vorstellung, sie allein seien die „gesamte Wirtschaft“, zahlreich und gern dieser Einladung gefolgt, um zu erfahren, welche Maßnahmen sozial- und wirtschaftspolitischer Art zum Wohle der „gesamten Wirtschaft“ in diesem Sinne, das heißt zum Nutzen des Unternehmertums, von Staat und Gesetzgebung zu fordern seien. Dieser Veranstaltung hatten die Gewerkschaften des Industriegebietes eine eigene öffentliche Kundgebung am gleichen Orte folgen lassen, in der Larnow als Hauptreferent den Forderungen der Unternehmer das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften entgegensetzte. In fesselnder Form untersucht Larnow die Ansprüche dieser von den Vereinigten Handelskammern geführten Unternehmer auf ihren Wert für die Volkswirtschaft, und es gelingt ihm glänzend der Nachweis, daß eine Verwirklichung der Programmforderungen der Unternehmer die wirtschaftliche Depression nicht nur nicht zu beheben imstande wäre, sondern den Niedergang noch verlängern und verschlimmern würde. Den egoistischen Ansprüchen der Unternehmer setzt er die im Interesse der Arbeiterschaft wie im volkswirtschaftlichen Interesse erhobenen Forderungen der Gewerkschaften entgegen: Zerstückelung der Preisdiktatur, Hebung der Kaufkraft der Massen durch eine entsprechende Lohnpolitik, eine Sozialpolitik, die den Grundfäden der Menschlichkeit entspricht, eine Steuergesetzgebung der sozialen Gerechtigkeit, eine Handelspolitik, die das Ziel des wirtschaftlichen Völkerfriedens verfolgt. Und so gestaltet sich Larnows Vortrag zu einer scharf pointierten Darstellung der entscheidenden Punkte des Gegensatzes der Anschauungen der Unternehmerschaft und der Gewerkschaften über die Frage nach dem Auswege aus der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft — und damit zu einem wirtschaftspolitischen Arbeiterlesebuch kleinster äußeren Formats, aber gewichtigsten Inhalts.

R. S.

Kollegen u. Kolleginnen
werbt unermüdet für den Verband!